



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 1 1 - 1 0 0 5
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)

III

Schaffung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

B e n d e l

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 3.024.603,55
 in %: 13,3%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2017	Neue Planstelle A10	69.540	69.540		1100079	636000	
	X	2018	Neue Planstelle A10	69.540	69.540		1100079	636000	
	X	2019	Neue Planstelle A10	69.540	69.540		1100079	636000	
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Schaffung einer Planstelle bei dem Personal- und Organisationsamt

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Zum Stellenplan 2018/2019 wird bei dem Personal- und Organisationsamt im Bereich des Personalsteuerungsdienstes (110140) die Planstelle einer Sachbearbeitung im Stellenwert A 10 geschaffen.
2. Die Planstelle kann vorab des Beschlusses und der Genehmigung des Stellenplans 2018/2019 besetzt werden.
3. Die für die Planstelle erforderlichen kalkulatorischen Personalkosten in Höhe von 69.540 € werden dem Budget des Personal- und Organisationsamtes zugewetzt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Seit dem Jahr 2009 ist bei den für das Arbeitsvolumen relevanten Fallzahlen eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen. Lediglich die Zahl der Personalvermittlungsaufträge lag im vergangenen Jahr nach einem temporären Rückgang in den Vorjahren wieder auf dem Ausgangswert der Vergleichsbetrachtung von 2009.

Die Anzahl der zu bearbeitenden Personalbedarfe ist von 2009 bis 2016 um 25% angestiegen. Bei den Stellenausschreibungen und den daraus resultierenden Besetzungsverfahren beträgt der Anstieg in diesem Zeitraum sogar 80%.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der im Personalsteueringdienst erarbeiteten Altersstrukturanalyse zeichnet sich eindeutig ab, dass aufgrund der erheblichen Zahl der Personalabgänge in den kommenden Jahren die Anzahl der zu bearbeitenden Personalbedarfe und Ausschreibungen weiter deutlich zunehmen wird.

Weiterhin ist zu konstatieren, dass sich vor diesem Hintergrund der Bearbeitungsaufwand weiter erhöhen wird, da es sich zunehmend aufwändiger gestaltet, geeignetes Personal zu rekrutieren. Schon heute ist dieser Trend anhand rückläufiger Bewerbungszahlen - selbst bei internen Ausschreibungen - und einem vielfach sinkendem Qualitätsniveau erkennbar. Der Unterstützungsaufwand für die Fachämter durch den Personalsteueringdienst steigt stetig.

Dies wird noch verstärkt durch die Problematik, Stellenbesetzungsverfahren vor dem Hintergrund einer sich realitätsfern entwickelnden Rechtsprechung, möglichst auch rechtssicher gestalten zu müssen, wozu die Fachämter aufgrund mangelnder Durchdringungstiefe dieser Thematik nicht in der Lage sind. Dies führt zur zunehmenden Beanspruchung des Personalsteueringdienstes in seiner Rolle als Steuerungsunterstützer und Qualitätssicherer.

Nicht zuletzt steigt vor dem Hintergrund der Folgen der demografischen Entwicklung die Notwendigkeit, Prozessabläufe, Arbeitsweisen und Ablaufstrukturen den sich verändernden Anforderungen anzupassen und im Rahmen vielfältiger Projekte neue Wege der Personalgewinnung zu entwickeln und zu implementieren (bspw. die Einführung eines Online-Bewerbungsmanagements). Dies bindet zusätzlich zum „Tagesgeschäft“ in nicht unerheblichem Umfang personelle Ressourcen.

Aufgrund der hier dargelegten Entwicklung der Fallzahlen und der sich weiter abzeichnenden zunehmenden Arbeitsbelastung ist die Zusetzung eines weiteren VZÄ zwingend erforderlich, um auch zukünftig die Gewinnung entsprechend geeigneten Personals zur Durchführung der städtischen Aufgaben ohne Zeitverzögerung gewährleisten zu können.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 10. Februar 2017

110140 41 84 - bs

Detlev Bendel
Stadtrat